

Folgen eines Neins aus der Schweiz

Die USA haben eine mächtige Drohkulisse aufgebaut: Sollte sich die Schweiz querstellen, wollen sie eine Bank nach der anderen «ausknipsen». Dazu wären sie tatsächlich imstande.

Winkt die Schweiz den Steuerdeal nicht durch, drohen die USA, eine Bank nach der anderen «auszuknipsen». Mit dieser Aussage liess sich ein Unterhändler in den Medien zitieren. Experten zufolge könnten die USA mit den bereits gesammelten Daten tatsächlich einige Schweizer Banken rasch in den Ruin treiben.

Isolation vom amerikanischen Markt

Das würde in erster Linie durch die Isolation vom amerikanischen Finanzmarkt geschehen, sagt Manuel Ammann. Er ist Professor für Finanzen an der Universität St. Gallen und Direktor des Schweizerischen Instituts für Banken und Finanzen. Eine Bank sei keine autarke Organisation. Sie stehe vielmehr in einem engen Beziehungsgeflecht mit anderen Instituten. Darin spiele der amerikanische Finanzmarkt eine wichtige Rolle. Ein grosser Teil des internationalen Zahlungsverkehrs laufe über die USA. Klagen die USA eine

Schweizer Bank an, würden ihre Korrespondenzkonten bei Partnerbanken in den USA eingefroren, der Zugang zum US-Dollar-Handel wäre ihr verwehrt und auch der Handel mit Wertschriften in den USA käme zum Erliegen. «Theoretisch könnte die Bank diese Geschäfte von einem anderen Institut tätigen lassen – es ist aber fraglich, ob sie in dieser Situation noch einen Partner finden würde», sagt Ammann. In den Medien war von einem Embargo die Rede, das die amerikanische Staatsanwaltschaft über eine Schweizer Bank verhängen könnte. US-Banken wäre es dann unter Androhung von Strafen verboten, mit dieser Bank Dollartransaktionen durchzuführen. Ammann glaube nicht, dass die amerikanische Staatsanwaltschaft so weit gehen würde. Dennoch laste auf den US-Banken ein gewisser Druck, der sie an der Zusammenarbeit mit einer Schweizer Bank hindern könne. Die Gefahr eines Kundenabzugs

sei im Vergleich zur Isolation vom amerikanischen Markt zweitrangig, sagt Ammann. Der Fluchtrefflex wäre ein nachgelagerter Effekt, also eine Reaktion auf den absehbaren Untergang.

«Kein Grund, sich erpressen zu lassen»

Martin Janssen, Professor am Institut für Banking und Finance der Uni Zürich, sieht in alledem aber keinen Grund, sich nicht gegen die «Erpressung» zu wehren. Es sei an der Nationalbank, die Liquidität der Banken in Dollar sicherzustellen. «Nicht um die Banken zu retten, sondern um ihnen einen ordnungsgemässen Prozess zu ermöglichen, bei dem Beweise für die behauptete Verletzung amerikanischen Rechts vorgelegt werden müssen.» Der Fall Wegelin hätte seiner Meinung nach dazu dienen sollen, Erfahrung zu sammeln. Erfahrung, wie sich die Schweiz gegen solche Angriffe wehren kann. (win)